

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

30. August 2021
5.2021

Sozialabbau nach der Bundestagswahl: Was geplant ist.

Eines kann man Reichen und Konzernen nicht vorwerfen: Sie halten dieses Mal mit ihren Absichten wirklich nicht hinter dem Berg. Während Union und FDP im Wahlkampf noch weitgehend im Ungefähren bleiben, haben Unternehmerverbände und Lobbyisten ihre Wunschzettel schon klar: Um die Kosten von Corona-Krise und Klimaschutz zu bewältigen, wollen sie massiven Sozialabbau und die Kürzung von Renten und Arbeitsrechten.

Eine unvollständige Liste:

■ Der Bundesverband der Industrie (BDI) fordert eine Senkung der Unternehmenssteuern. Der Soli wird nur von den reichsten 10 Prozent bezahlt – der BDI will ihn abschaffen. Damit würde der Staat jedem Multimillionär einen extra Sportwagen der Marke Maserati schenken. Für die Mehrheit bedeuten diese »Steuersenkungen« hingegen massive Sozialkürzungen, denn irgendwoher muss das Geld für die nötigen Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz dann ja kommen. Zumal die Rüstungsindustrie schon nach (noch) mehr Aufrüstung ruft. **DIE LINKE will die Unternehmensteuer wieder auf 25 Prozent erhöhen.**

■ Auch der Bundesverband der Arbeitgeber (BdA) hat klare Vorstellung: Trotz massenhafter Altersarmut soll es bald erst mit 68 Jahren in Rente gehen – was für viele Menschen nichts anderes als noch weniger Rente bedeutet, denn Bauarbeiter oder Putzkräfte können meist heute schon nicht bis ans Rentenalter durchhalten. Geht es nach dem Gesamtmetall-Präsidenten Stefan Wolf soll das Renteneintrittsalter sogar gleich auf 69 bis 70 Jahren steigen! **DIE LINKE will, dass alle spätestens mit 65 in Rente gehen können – wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat früher.**

■ Der BdA hat auch für die Zeit vor der Rente klare Vorstellungen: Ausweitung von sachgrundloser Befristungen und Leiharbeit, Ausweitung der täglichen Arbeitszeit (Abschaffung 8h-Tag, nur noch Wochenhöchstarbeitszeit), Abschaffung der Nachtruhe (Abschaffung 11h Ruhezeit) und das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats beschneiden. Mit anderen Worten: länger und unsicherer Arbeiten und

weniger mitreden dürfen. **DIE LINKE will, dass Arbeit zum Leben passt, Arbeitszeitverkürzung auf um die 30 Stunden mit Lohnausgleich.**

■ Währenddessen fordert das Deutsche Institut für Wirtschaft bereits weniger Urlaub und mehr Arbeit – 7 Tage weniger Urlaub im Jahr für die Beschäftigten bringen die »Experten« der Wirtschaft mal eben ins Spiel. Ziel: Schuldenlöcher stopfen. Höhere Steuern für Reiche und Konzerne oder ein Ende der Investitionsbremse »Schwarze Null« kommen für die Wirtschaftslobbyisten hingegen nicht in Frage. **DIE LINKE will, dass alle Beschäftigten das Recht auf 6 Wochen Urlaub haben.**

■ Die Ausgaben rund um die Corona-Pandemie haben zu einem Defizit der Krankenkassen von gut 7 Mrd. Euro geführt, die mit einem einmaligen Bundeszuschuss ausgeglichen wurden. Das wird aber nicht reichen. Der GKV-Spitzenverband hat daher bereits deutlich gemacht, wohin die Reise geht, wenn es nicht bald eine solidarische Finanzierung gibt: Entweder Anstieg des Beitragssatzes auf 16,5 Prozent oder Leistungskürzungen für gesetzliche Versicherte! **DIE LINKE will eine Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Die Beiträge sinken auf 12 Prozent Zuzahlungen und Eigenanteile entfallen.**

■ Die Immobilienlobby will eine Regulierung Mieten und Spekulation mit Wohnraum zu verhindern, damit sie noch mehr überschüssige Kapital von den Finanzmärkten in die Spekulation auf dem Wohnungsmarkt pumpen können. Sollten sie mit dieser Politik Erfolg haben wird der Raubzug der Immobilienlobby in unseren Städten geht weiter – und zwar rasant. Noch mehr Menschen werden aufgrund steigender Mieten oder Luxusanierungen ihr Zuhause verlieren. **DIE LINKE will die Spekulation mit Wohnraum, Grund und Boden verbieten und bundesweit einen Mietendeckel.**

Die Kaltschnäuzigkeit, mit der Konzerne und Lobbyisten über die Interessen der Mehrheit hinwegsehen ist beängstigend – auch wie wenig Widerspruch sie dafür ernten. Der Wunschzettel von Konzernen

und Reichen ist Union und FDP nach der Wahl Auftrag. Bei der Abschaffung des Soli für die Superreichen und der Rente mit 63 haben sie das schon angekündigt. Grüne und SPD können sich an ihre sozialen Versprechen nach der Wahl oft leider nicht mehr erinnern.

DIE LINKE will keine Politik für die Besserverdienenden, sondern einen Politikwechsel, der niemanden zurücklässt. Wir wollen einen Aufbruch für Gerechtigkeit. Mit uns sind keine Sozialkürzungen zu machen und kein weiterer Abbau von Mitbestimmungs- und Arbeitsrechten. Wenn SPD und Grüne sich Koalitionen mit CDU und FDP offenhalten, machen sie den Bock einmal mehr zum Gärtner. DIE LINKE legt sich mit den Reichen und Mächtigen an – auf allen Ebenen: an der Regierung, im Bundestag und gemeinsam mit Bewegungen auf der Straße. Deshalb gibt es bei dieser Wahl keine Stimmen zu verschenken. Denn je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.